

Pulsnitzer Tageblatt

Verantwortlicher: 18. Tel.-Nr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfachkonto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privatbank, Zweigstelle Pulsnitz

Erstein an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstalten, hat der Betreiber keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Wöchentlich 0.85 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pul: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Pul, in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pul; amtlich 1 mm 30 Pul und 24 Pul; Reklame 25 Pul. Tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anwendung. Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt
Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrsdorf, Dretznig, Hauswalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Richtenberg, Klein-Dittmannsdorf
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2
Druck und Verlag von E. L. Förster & Erben (Inh. J. W. Mohr)
Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 187

Sonnabend, den 11. August 1928

80. Jahrgang

Amthlicher Teil.

Sämtliche Wassertriebswerksbesitzer werden angewiesen, bei der zur Zeit bestehenden großen Trockenheit und der geringen Wassermenge in den Flußläufen ihre Stauwerke nicht in der Weise auszunutzen, daß diese auf den tiefsten Stand abgemahlen und zum höchsten Stand angefüllt werden. Ein gleichmäßiger Durchlauf der Wassermengen muß gewährleistet sein, damit den unterliegenden Triebwerken, Fabriken und sonstigen Wassernutzungen nicht das unbedingt nötige Wasser entzogen wird, um evtl. Betriebsstörungen zu vermeiden.

Amtshauptmannschaft Ramenz, am 9. August 1928

Sonntagsruhe im Handels- und Barbier-Gewerbe
Auf Antrag des Vereins für Handel und Gewerbe hat die Amtshauptmannschaft Bau-

sen auf Grund von § 105b Abs. 2 der Reichsgewerbeordnung den 12. August 1928 (Marien- schloß) zum Geschäftsverkehr frei gegeben.

An diesem Tage können demnach sämtliche Verkaufsstellen von 12 Uhr mittags bis 6 Uhr nachmittags offen gehalten werden.

Das Bedienen von Kunden im Barbiers-, Friseurs- und Haarformergewerbe an diesem Tage ist nicht gestattet. Es verbleibt vielmehr bei der am 3. April ds. Js. bekannt- gegebenen Regelung.

Pulsnitz, am 10. Aug. 1928

Der Stadtrat — Gewerbeamt

Das Wichtigste

Reichsaußenminister Dr. Stresemann hat Freitag nachmittag Karlsbad verlassen und wird sich voraussichtlich zu einer Nachkur in ein reichs- deutsches Bad begeben.
Zunfolge außerordentlich dichten Nebels ist die Schifffahrt im New Yorker Hafen völlig lahm gelegt. Der Verkehr mußte etwa 3 Stunden still gelegt werden. Die „Mitrinia“ erlitt eine zweifelhafte Ver- spätung. Kaufleute, die sich im Uebergangslager befinden, können nicht in die Stadt gebracht werden.
Nach Meldungen aus Beirut ist die Regierung des Libanon-Staates gestürzt worden und hat dem Staatspräsidenten ihre Demission überreicht.

Politischer Wochenrückblick.

Der Kellogg-Pakt gefährdet. — Genf. — Raditsch und die Kroaten. — Der 11. August. — „Deutschland brauchte nicht zu verlieren“. — Deutsche Reparationen und Kolonialpolitik.

Der 27. August war für die Beratung des amerika- nischen Kriegsschlichtungspaktes, des sogenannten Kellogg- Paktes, in Paris in Aussicht genommen. Bekannt, daß Amerika damit den Verzicht der Nationen auf den Krieg als Werkzeug staatlicher Politik herbeigeführt wissen will, als Werkzeug anderer die Regelung von Konflikten nur durch fried- liche Mittel vorschlägt. Deutschland stimmt zu, obgleich der Plan für uns gerade ein zweischneidiges Schwert ist: allzu leicht wird man eine neue Anerkennung der durch das Ver- failter Diktat geschaffenen Verhältnisse durch uns folgernd Frankreich dagegen wird sich die Rechte des Stärkeren mit Hilfe des im Kellogg-Pakt vorgesehene Begriffs eines Verteidigungskrieges — auszulegen nach Be- lieben — zu sichern wissen! Die Pariser Konferenz vom 27. August ist neuerdings zweifelhaft geworden! Das Erscheinen des amerikanischen Staatssekretärs Kellogg, des Vaters der Paktidee, ist in Frage gestellt! Ironie der Welt- geschichte: „die ich rief, die Geister, werd' ich nicht mehr los“ — es könnte sein, daß eine Besprechung der Rhein- Landräumung durch Herrn Dr. Stresemann ange- schnitten wird. Wird diese aber unterbunden, so wird auch Dr. Stresemann — der im übrigen noch nicht genesen ist — neue Bindungen vermeiden wollen, wahrscheinlich eben- falls nicht erscheinen und sich von Herrn v. Hoepf vertreten lassen. Der dritte und vielleicht mächtigste Partner im Spiel, Chamberlain, der englische Außenminister, erscheint bestimmt nicht!

Bald nach dem 27. August soll dann am 3. September zu Genf die 9. Tagung des Völkerverbundes zusammentreten, der am 30. August die 51. ordentliche Ratstagung des Völkerver- bundes vorangeht. Wirtschaftliche, finanzielle und humani- täre Fragen werden auch diesmal den Löwenanteil an den Verhandlungen haben: so wird man besprechen die Arbeiten der Wirtschafts- und Finanzorganisation, der Verkehrs- und Transitororganisation, der Hygieneorganisation, der Opium- kommission, der Kommission für Kinder- und Jugendschutz und anderes. Wichtig ist die Neuwahl der drei nichtstän- digen Ratsmitglieder an Stelle der ausscheidenden Staaten China, Kolumbien und Holland, für die man ver- mutlich Staaten benennen wird, die Frankreich verlässlich erscheinen.

Die in Südflawien herrschende Ruhe kann sehr wohl die Ruhe vor dem Sturm sein! Am 8. August starb nach langem Todeskampfe Stefan Raditsch, der wahre Führer der Kroaten, an den Folgen der im serbischen Par- lament, der Stupschina, erlittenen Schußwunden. Er folgte seinem Bruder und den anderen Opfern eines serbischen Fanatikers. Dieser Mann, der nach Kriegsende zunächst den serbischen Staat durchaus besahnte, ist sich in der späteren Ab- lehnung der serbischen Vorherrschaft freu geblieben. Starke Erbitterung herrscht im kroatischen Volke, von der die Er- schließung des serbischen Schriftstellers Ristovic durch einen Kroaten herabes Zeugnis ablegt. Die dumpfe Gärung im

Agram grüßt den toten Raditsch

100 000 Kroaten geben das Trauergeleit
Nobile fährt wieder ins Polareis — Zum Bau des Panzerkreuzers

Wien. Die feierliche Ueberführung der Leiche Stefan Raditschs in das Bauernheim in Agram fand statt. Eine ungeheure Menschenmenge säumte die Straßen, durch die der Zug ging. Sechs kroatische Bauern in Nationaltracht trugen den Sarg durch die Straßen. Dem Sarg voran ging eine Abteilung kroatischer Soldats. Es folgte eine Gruppe von Studenten in historischen Trachten mit der alten Univer- sitätsfahne und schließlich verschiedene Organisationen der kroatischen Bauernpartei. Trotz der riesigen Menschenmenge, die der Ueberführung bewohnte — man schätzt sie auf etwa 100 000 Personen — kam es zu keinen Zwischenfällen.

Ueberall blieb die Menge ruhig und ernst. Die Leiche wurde sodann im Festsaal des Bauernheims auf- gehahrt. Neben dem Sarge halten Bauern und Studenten sowie eine Abteilung Soldats Wache. Der Zutritt zum Sarge ist gestatt. Die Nachricht von dem Wunsch des Königs Alexander, persönlich am Begräbnis teilzunehmen, hat so- wohl in Agram als auch in Belgrad einen tiefen Eindruck hervorgerufen. Wie verlautet, wird wahrscheinlich der König durch einen besonderen Delegierten vertreten sein, der am Sarge einen silbernen Kranz niederlegen wird.

Studentenkundgebung gegen Belgrad.

In Spalato veranstalteten Studenten Straßenum- züge, bei denen sie unter Vorantagen kroatischer Fahnen und Singen kroatischer Lieder gegen das Belgrader Parla- ment auftraten. In mehreren Stellen der Stadt kam es zu Zusammenstoßen mit der Polizei, die auch beschuldigt wurde, eine kroatische Fahne heruntergerissen zu haben. Auch in Sebenico kam es zu ähnlichen Demonstrationen. Am Marktplatz sprachen der Bürgermeister und ein Vertreter der Bäuerlich-kroatischen Koalition zu der Menge.

Die Kroaten fordern Autonomie.

Von einem hervorragenden kroatischen Politiker wird mitgeteilt: Nach Belgrad werden die kroatischen Abgeord- neten nicht zurückkehren, solange das kroatische Mindestpro- gramm nicht erfüllt ist. König Alexander lehnt jeden föde- ralistischen Aufbau des Staates, geschweige denn eine Per- sonalunion ab. Danach ist die Hoffnung auf eine freund- schaftliche Verständigung mit Belgrad äußerst gering. Wie stehen nun die Dinge, wenn es zur Anwendung der rohen Gewalt käme? Obwohl die staatliche Organisation Kroatiens weitgehend vorbereitet ist, besitzt es keine militärischen Machtmittel, die den serbischen nur annähernd ebenbürtig wären. An einen „Bürgerkrieg“ in rein militärischem Sinne ist daher nicht zu denken, wohl aber stände es in der Macht der Regierung, eine

Militärdiktatur über Kroatien

aufzurichten. Es ist jedoch klar, daß ein derartiger Zustand nicht lange dauern könnte. Zwischen der serbischen und der zahlenmäßig nicht viel schwächeren kroatischen Bevölkerung würde sich ein Abgrund bilden, der nie mehr überbrückt werden könnte. Die Krise würde ins Ungemeinere steigen.

Nobile fährt wieder ins Polareis.

Kopenhagen. Wie „Berlingske Tidende“ aus Nom- meldet, hat Nobile in seiner Audienz bei Mussolini die Erlaubnis nachgesucht, so bald als möglich wieder nach Spitzbergen gehen zu dürfen, um sich an der Suche nach der Ballongruppe und Amundsen zu beteiligen. Die Erlaubnis dazu soll das Luftfahrt- ministerium bereits erteilt haben, so daß damit zu rechnen ist, daß sich Nobile bald wieder nordwärts be- geben wird.

Zum Bau des Panzerkreuzers

Berlin, 11. August. Wie die „Germania“ zu der Kabinettsitzung am Freitag erfährt, ist der Beschluß, den Bau des Panzerkreuzers A in Angriff zu nehmen, einmütig gefaßt worden. Das Blatt bemerkt dazu: Aus Staats- rason hätten die sozialdemokratischen Minister also nunmehr mitbeschlossen, was die Sozialdemokraten im Wahlkampf be- kämpft hätten. In der Regierung sahen sich Dinge anders an als draußen. Der „Vorwärts“ sagt, an der grundsätz- lichen Einstellung der sozialdemokratischen Minister zu diesem Kriegsschiffbau habe sich nichts geändert, aber über die Tat- sache, daß das Staatsgesetz für 1928 in Kraft sei und den Bau vorsehen, hätten sie sich nicht hinwegsetzen können, wenn sie nicht das Staatsgesetz verletzen wollten. Das Reichswehr- ministerium habe sich zu Einsparungen im Reichswehrretat bereit erklärt, sodas eine Mehrbelastung durch den Bau des Panzerkreuzers nicht eintrete. Unter diesen Umständen hätte das Reichskabinet die Erbschaft des vorigen Reichstages und des Führerblockkabinetts antreten und die Beschlüsse der gesetzgebenden Körperschaften vollziehen müssen. Die „Vos- sische Zeitung“ meint, wenn das Kabinet Müller-Franken bereit zu sein scheint, die erste Bau-rate flüssig zu machen, dann würden neben der Tatsache, daß das Reichswehrmini- sterium sich zu anderen Ersparnissen in seinem Etat bereit gefunden habe, auch noch Erwägungen allgemein politischer Art mitgesprochen haben.

Neue Besatzungszwischenfälle.

Speyer. Während der Einquartierung französischer Truppen, die sich auf dem Durchmarsch zu den Truppen- lagersplätzen befanden, kam es in Otterberg zu einem Zwischenfall. Ein französischer Hauptmann kam mit einem Hauseigentümer wegen der Einquartierung in Streit, in dessen Verlauf er den wehrlosen Deutschen mit zwei Faust- schlägen zu Boden schlug. Eine ähnliche Behandlung mußte sich der dienstlich anwesende deutsche Schutzmann von einem ranzösischen Offizier gefallen lassen.

Ein weiterer Zwischenfall ereignete sich in Groß- arlsbach, wo am 3. und 4. August eine französische Truppenabteilung mit Sanks, die in Worms in Garnison ein soll, und die sich ebenfalls auf dem Durchmarsch durch die Pfalz befand, in Quartier lag. Die Besatzung der Sanks gab in den Straßen und in der nächsten Nähe des Ortes blinde Schüsse aus den in den Sanks befindlichen Maschinen- gewehren ab, wodurch die Einwohnerschaft in großen Schrecken geriet, da sie sich den Grund der Schießerei nicht er- klären konnte und auch nicht wußte, daß es sich um blinde Schüsse handelte.

Wieder ein Reparationsandal in Frankreich.

Paris. Der Untersuchungsrichter hat einen hohen Be- mten des Ministeriums für öffentliche Arbeiten namens de Sailly sofort verhaften lassen. De Sailly ist angeklagt, Dokumente über die Berechnung deutscher Sachlieferungen veruntreut zu haben, die ihm während des Prozesses gegen die Sachlieferungschwindler Wolff und Genossen anver- traut worden waren. Es handelt sich dabei um gefälschte Zoll- und Lieferungsunterlagen sowie Scheinverträge für Liefe- rungen über Reparationskonto. Die Untersuchung wird selbst- verständlich in strengster Verschwiegenheit geführt.